



5. Oktober 2022



Frieden sichern – Freiheit bewahren

Programm der Veranstaltung – zeitlicher Ablauf des Festaktes



16:30 Uhr	Einlass
18:00 Uhr	Einnehmen der Plätze
18:10 Uhr	Musikstück
18:15 Uhr	Begrüßung – Bayerischer Landtag, Dr. Wolfgang Heubisch
18:25 Uhr	Grußwort Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Ministerialdirigent Dr. Johannes Dimroth
18:35 Uhr	Musikstück
18:40 Uhr	Videoclips und Rede Dr. Hans-Peter Bartels, Präsident der GSP
18:55 Uhr	Musikstück
19:00 Uhr	Festansprache General a.D. Klaus Naumann Vom Scherbenhaufen zur Zeitenwende: Perspektiven europäischer Sicherheitspolitik nach Putins Zivilisationsbruch
19:35 Uhr	Bayernhymne und Nationalhymne
19:45 Uhr	Empfang
21:00 Uhr	Ende des Festaktes

Es spielt das Blechbläserquintett des Gebirgsmusikkorps der Bundeswehr.

In diesem Heft finden Sie zudem

- Grußworte zum 70. Jubiläum von Persönlichkeiten aus Politik und anderen Bereichen der Gesellschaft
- eine Kurzfassung der Entwicklung der GSP über die 70 Jahre
- die Präsidenten der Gesellschaft seit 1952

Liebe Mitglieder der GSP, sehr geehrte Freunde und Förderer unserer sicherheitspolitischen Gesellschaft!

Unter dem Motto „Frieden sichern – Freiheit bewahren“ informieren wir seit 1952 über sicherheitspolitische Themen. Politische Bildung auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik ist komplex. Wir haben die Herausforderung angenommen.

Unser 70-jähriges Bestehen verdanken wir auch unseren langjährigen Wegbegleitern und ihrem ehrenamtlichen Engagement. Mit diesem Festakt im Maximilianeum, in München, am Gründungsort der damaligen Gesellschaft für Wehrkunde, wollen wir uns bei Ihnen, unseren Freunden und Förderern, bedanken.

Dieser Dank beinhaltet gleichzeitig das Versprechen, dass wir uns auch weiterhin für die Stärkung unserer wehrhaften Demokratie aktiv einsetzen werden. In unseren Veranstaltungen erklären wir die weltweiten außen- und sicherheitspolitischen Zusammenhänge.

Der seit dem 24. Februar andauernde russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zeigt uns, wie instabil der Frieden auch in Europa sein kann.

Mit der „Zeitenwende-Rede“ von Bundeskanzler Olaf Scholz im Deutschen Bundestag am 27. Februar hat das Thema Verteidigung wieder große Bedeutung bekommen. Die Friedensdividende nach dem Ende des Kalten Krieges ist aufgezehrt.

Wenn wir die Bilder von Tod und Zerstörung sehen, wird uns vor Augen geführt, wie wertvoll ein Leben in Frieden und Freiheit ist. Dafür lohnt es sich zu engagieren.

Der Schwerpunkt unserer deutschen und europäischen Sicherheitspolitik wird in Zukunft wieder die Landes- und Bündnisverteidigung sein, die weltweite Krisenintervention tritt dahinter ein Stück zurück.

Den neuen Informationsbedarf in allen Bereichen der Gesellschaft zu befriedigen, ist die Aufgabe unserer öffentlich geförderten sicherheitspolitischen Bildungsarbeit.

Auch die staatlichen Organisationen brauchen die ehrenamtliche Unterstützung und Mitarbeit von engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Durch unsere unabhängige und überparteiliche Arbeit tragen wir dazu bei, die öffentliche Debatte zu führen, auch kontrovers.

Ich danke dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, unseren Kooperationspartnern, dem Kuratorium, Freunden und Förderern, allen Funktionsträgern und Mitgliedern für ihre Unterstützung unserer Arbeit. Sie dient dem Verfassungszweck, als etablierte, erfolgreiche Demokratie wehrhaft zu bleiben.



**Dr. Hans-Peter Bartels,
Präsident**



Bärbel Bas
Präsidentin des Deutschen
Bundestages

„Die parlamentarische Demokratie muss verteidigt werden – jetzt und in Zukunft, weltweit und hierzulande. Mit einer zeitgemäß ausgestatteten Armee, gemeinsam mit starken Verbündeten in der Außen- und Sicherheitspolitik. Im Inneren braucht es zu ihrem Schutz auch – und vor allem – überzeugte Demokratinnen und Demokraten. Denn unser freiheitliches, rechtsstaatliches Gemeinwesen kann nur bestehen, wenn die Bürgerinnen und Bürger dafür einstehen. Diese Lehren haben die Bundesrepublik seit ihren Anfängen geprägt. Im Deutschland des 21. Jahrhunderts bilden sie das Leitmotiv für die Arbeit der Gesellschaft für Sicherheitspolitik, der ich herzlich zu ihrem 70-jährigen Bestehen gratuliere. Angesichts neuer Bedrohungen braucht es innerhalb und außerhalb des Parlaments engagierte Debatten, wie wir unsere Demokratie stark und wehrhaft erhalten.“

„Ein Leben in Frieden, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ist auch 73 Jahre nach Inkrafttreten unseres Grundgesetzes keine Selbstverständlichkeit, sondern ein großes Geschenk. Es gegen seine Feinde zu verteidigen, ist Aufgabe der Staatsgewalt, aber nicht der Staatsgewalt allein. Es liegt in unser aller Verantwortung, unsere Verfassungsordnung jeden Tag auf ein Neues zu bewahren und mit Leben zu füllen.“



Prof. Dr. Stephan Harbarth,
LL.M. (Yale)
Präsident des Bundes-
verfassungsgerichts



Christine Lambrecht
Bundesministerin
der Verteidigung

„Der brutale russische Überfall auf die Ukraine führt uns schmerzhaft vor Augen, woran uns die GSP schon lange beharrlich gemahnt: Wehrhafte Demokratie braucht militärische Stärke. Wir werden die Bundeswehr gerade in der Landes- und Bündnisverteidigung wieder zu dem machen, was sie sein muss: ein leistungsfähiger Garant für Freiheit, Sicherheit und Frieden in Europa. Ich gratuliere der GSP zu ihrem Jubiläum, danke für 70 Jahre fachkundige Beharrlichkeit und wünsche uns allen ein offenes Ohr für ihre klugen Mahnungen.“

„Liebe Mitglieder der Gesellschaft für Sicherheitspolitik,

der russische Angriffskrieg in der Ukraine zeigt täglich, dass Freiheit und Demokratie nicht selbstverständlich sind.

Wir leben in einer Zeit, in der die Menschen viele Fragen haben, nach Orientierung suchen und Expertinnen und Experten brauchen, die komplexe sicherheitspolitische Debatten verständlich und nachvollziehbar aufbereiten. Mit anderen Worten: Würde es die GSP nicht bereits seit 1952 geben, müsste man sie spätestens jetzt erfinden.

Ich danke Ihnen allen für Ihr ehrenamtliches Engagement und wünsche Ihnen von Herzen alles Gute und viel Kraft und Gestaltungsfreude für die nächsten 70 Jahre.“



Eberhard Zorn
Generalinspekteur
der Bundeswehr



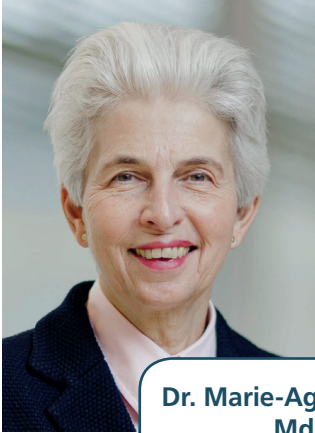
Dr. Markus Söder
Ministerpräsident des
Freistaates Bayern

„Der Freistaat Bayern garantiert die Freiheit und bewahrt das Recht. Die bayerische Demokratie ist treu ihrem Verfassungsauftrag und wehrhaft gegenüber ihren Feinden. Auf dieses Markenzeichen der bayerischen Politik sind die Menschen in Bayern stolz. Sie vertrauen darauf, dass sich die Demokratie jeden Tag aufs Neue bewährt. Dank und Anerkennung gelten der Gesellschaft für Sicherheitspolitik und ihrem Einsatz für die wehrhafte Demokratie! Alles Gute weiterhin!“

„Städte und die in ihnen lebenden Menschen sind mit am stärksten von den Folgen kriegерischer Auseinandersetzungen bedroht. Deshalb ist die Landeshauptstadt München seit Jahren Mitglied der Mayors-for-Peace-Initiative und ruft immer wieder eindringlich dazu auf, Konflikte im Dialog und mit friedlichen Mitteln zu lösen. Angesichts eines Aggressors wie des russischen Machthabers Putin, der seine nationalistischen Ziele mit aller Brutalität und ohne Rücksicht auf Menschenleben verfolgt, ist es aber auch notwendig, in die Sicherheit unseres Landes zu investieren, um den Frieden wiederherzustellen und zu bewahren. Dementsprechend pflegt die Münchner Stadtverwaltung schon seit der Gründung der Bundeswehr als Parlamentsarmee eines demokratischen Rechtsstaats vor gut 65 Jahren ein gutes und enges Verhältnis zu den hier stationierten Standorteinrichtungen und Bundeswehr-Angehörigen. Und ebenso gratuliere ich auch der Gesellschaft für Sicherheitspolitik sehr herzlich zu ihrem 70-jährigen Jubiläum!“



Dieter Reiter
Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt
München



Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann
MdB, Mitglied des
FDP-Bundesvorstandes
und Mitglied des Vorstands der
FDP-Bundestagsfraktion

„Gegen die Feinde unserer Verfassung setzen wir uns in Deutschland mit Mitteln des demokratischen Rechtsstaates zur Wehr. Unsere Demokratie ist aber nicht nur von Fanatikern und Extremisten im Inneren bedroht. Auch die Bedrohung von außen müssen wir wieder verstärkt in den Blick nehmen: Der brutale russische Überfall auf die Ukraine zeigt, dass wir mehr denn je in der Lage sein müssen, uns mit militärischer Stärke gegen Angriffe auf unsere Demokratie zu wehren. Zur Stärkung der wehrhaften Demokratie braucht es deshalb auch eine gut ausgerüstete Bundeswehr, denn die aktuelle Situation führt uns brutaler denn je vor Augen: Frieden und Freiheit sind keine Selbstverständlichkeit, sondern müssen tagtäglich hart erarbeitet und verteidigt werden.“

„Unsere freiheitliche Demokratie lebt von einem kundigen und kritischen Diskurs, in dem wir uns alle über unsere Ideen über die Ausgestaltung unserer Zukunft austauschen. Er ist sowohl Korrektiv als auch Rückversicherung für die Politik. Die große Herausforderung unserer Zeit ist weit mehr als der Schutz vor Krieg und Gewalt. In den nächsten Jahren müssen wir dafür sorgen, unsere Freiheit zu sichern, einseitige Abhängigkeiten zu überwinden und unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen. Das erreichen wir nur gemeinsam in einem starken europäischen und transatlantischen Bündnis. Um den Dialog von Politik, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Sinne zu befördern, braucht es starke Mittler. Die Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V. hat sich hier in den letzten 70 Jahren verdient gemacht. Dafür gebührt ihr mein Dank und die besten Wünsche für die weitere Arbeit!“



Dr. Tobias Lindner
Staatsminister bei der
Bundesministerin des
Auswärtigen Amtes



Botschafter Ekkehard Brose
Präsident der Bundesakademie
für Sicherheitspolitik (BAKS)

„Russland führt einen brutalen Krieg gegen die Ukraine und zugleich einen hybriden Angriff auf Europa und die westliche Welt, vom Abdrehen des Gashahns bis zu gezielten Desinformationskampagnen. Putin will erreichen, dass die Stimmung im Westen kippt. Wir müssen sowohl als Institutionen und als auch jeder für sich dagegenhalten. Das kann nur gelingen, wenn die Zeitenwende auch in unseren Köpfen stattfindet. Die GSP leistet dazu einen wichtigen Beitrag.“

„Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine war ein Zivilisationsbruch und bedeutet eine Zeitenwende für Europa und die Welt, aber besonders für Deutschland. Wir müssen nun mehr denn je gemeinsam für die Grundfesten unseres Wertesystems, die Menschenrechte und die Rechtstaatlichkeit, eintreten. Damit wir als Demokratie dieser neuen Lage in allen Aspekten wehrhaft begegnen können, muss die Zeitenwende auch in der Bevölkerung vermittelt und verankert werden. Hierzu gehen die Arbeit der Münchner Sicherheitskonferenz und der Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V. Hand in Hand, wofür ich sehr dankbar bin.“



Botschafter
Dr. Christoph Heusgen
Vorsitzender der Münchner
Sicherheitskonferenz



Oberst André Wüstner
Bundesvorsitzender
des Deutschen
BundeswehrVerbandes

„Die wehrhafte Demokratie zu stärken, ist ein Kernanliegen vieler staatlicher und nicht-staatlicher Akteure. Die Beteiligung an sicherheits- und verteidigungspolitischen Debatten, der offene Austausch und die Förderung des demokratischen Grundverständnisses hat sich nicht nur die Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V., sondern auch der Deutsche BundeswehrVerband zur Aufgabe gemacht. Lassen Sie uns weiter – gemeinsam – dafür arbeiten, dass die Sicherheit Deutschlands, der Frieden in der Welt und die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger gewährleistet sind.“

„Die Hoffnung, dass die Friedensdividende der 90er Jahre anhalten würde und sich die Welt ausschließlich friedlich entwickelt, hat sich als Trugschluss herausgestellt. Auch die Aussetzung der Wehrpflicht war ein Fehler. Der Krieg in der Ukraine zeigt uns allen deutlich, dass es immer gefährliche Aggressoren geben wird und dies auch in unserer unmittelbaren Nachbarschaft. Unstreitig ist daher, dass wir eine Bundeswehr brauchen, die im Stande ist, unsere Landes- und Bündnisverteidigung zu gewährleisten. Das kann sie nur unter Einbeziehung der Reserve, denn ohne Reserve geht es nicht! In den nächsten Jahren wird es darum gehen, unsere gesamte Sicherheitsarchitektur weiterzuentwickeln. Die Gesellschaft für Sicherheitspolitik ist dabei Impulsgeber und Akteur zugleich – und das schon seit nunmehr 70 Jahren. Ich gratulieren Ihnen zu Ihrem 70-jährigen Jubiläum und freue mich auf neue spannende Debatten im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik und auf eine gute Zusammenarbeit als verlässlicher Kooperationspartner des Reservistenverbandes.“



Prof. Dr. Patrick Sensburg,
Oberst d.R.
Präsident des Verbandes der
Reservisten der Deutschen
Bundeswehr e.V.



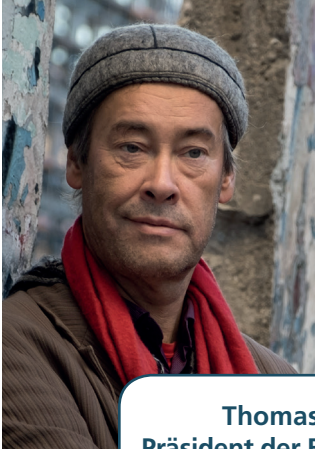
Claus Günther
Präsident der Deutschen
Gesellschaft für
Wehrtechnik (DWT)

„Ohne Sicherheit keine Freiheit!“ (Wilhelm von Humboldt, 1792). Dieser Satz des Mitbegründers der Humboldt-Universität zu Berlin gilt heute mehr denn je. Die im Grundgesetz verankerte „Wehrhafte Demokratie“ gilt es zu bewahren und mit aller Kraft zu unterstützen, denn sie ist der Garant für beides: Freiheit und Sicherheit!

„Die Gesellschaft für Sicherheitspolitik hat sich in den siebenzig Jahren ihres Bestehens um die Sicherheitspolitik Deutschlands verdient gemacht. Sie gilt heute zu Recht als eine der angesehensten Vereinigungen zur Förderung der sicherheitspolitischen Bildung in unserem Land. Gemeinsame bzw. sich ergänzende Zielsetzungen der Gesellschaft für Sicherheitspolitik und der Clausewitz-Gesellschaft haben schon vor Jahrzehnten zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit geführt, die bis heute fort dauert. Diese fruchtbare Kooperation hat sich in zahlreichen gemeinsamen Vorhaben auf der Bundes- und vor allem der regionalen Ebene stetig vertieft. Dafür danke ich im Namen aller Mitglieder der Clausewitz-Gesellschaft sehr. Angesichts der großen sicherheitspolitischen Herausforderungen, die vor uns liegen, spreche ich damit zugleich die Hoffnung, ja Notwendigkeit aus, die erfolgreiche Zusammenarbeit der beiden Vereinigungen zum Wohl unseres Landes fortzuführen. Ich gratuliere der Gesellschaft für Sicherheitspolitik zu ihrem Jubiläum und wünsche ihr für ihre wichtige politische Arbeit weiter viel Erfolg“.



Carsten Jacobson,
Generalleutnant a.D.
Präsident der
Clausewitz-Gesellschaft



Thomas Krüger
Präsident der Bundeszentrale
für politische Bildung

„Vergangenheit und Gegenwart lehren uns, Demokratie nicht als selbstverständlich anzusehen. Auch in vermeintlich stabilen Zeiten bleibt es unsere Aufgabe, sie vor Angriffen zu schützen und gleichzeitig die Freiheit aller Menschen im Denken und Handeln zu fördern und fordern. Diese im Grundgesetz verankerte Gradwanderung ist anstrengend, sie erfordert immer wieder aufs Neue Aushandlungsprozesse und Räume für Streit und Diskussionen. Politische Bildung ist hier unentbehrlich – sie ermutigt die Bürgerinnen und Bürger auf dem Boden des Grundgesetzes für Ihre Überzeugungen einzustehen.“

„70 Jahre Gesellschaft für Sicherheitspolitik – dieser besondere Geburtstag steht für Jahrzehnte des beharrlichen Wirkens und Mahnens, ‚den Frieden zu sichern – die Freiheit zu bewahren und die wehrhafte Demokratie zu stärken‘. Dieser im Jahre 1952 selbst gestellte Auftrag der Gesellschaft trägt bis heute und ist vor dem Hintergrund des aktuellen Gefährdungsspektrums für Frieden und Sicherheit in Europa und der Welt wichtiger denn je. Die Deutsche Atlantische Gesellschaft durfte in den zurückliegenden Jahrzehnten Wegbegleiter bei der Erfüllung dieses Auftrags sein, in vertrauensvoller Kooperation in den Regionen und bei Informationsveranstaltungen deutschlandweit. Für die gemeinsam durchlebte Zeit und das gute Einvernehmen sind wir dankbar.

Wir wünschen der Gesellschaft für Sicherheitspolitik weiterhin viel Fortune bei der Verwirklichung ihrer Ziele in einer sich rasch wandelnden Welt und freuen uns auf die weitere gute Zusammenarbeit.“



BM a. D. Christian Schmidt
Präsident der Deutschen
Atlantischen Gesellschaft
Hoher Repräsentant für
Bosnien und Herzegowina



Peter Tamm
Mittler Report Verlag,
Bonn

„Der russische Überfall auf die Ukraine am 24. Februar war ein Weckruf für die deutsche Politik und Gesellschaft. Der brutale Angriffskrieg mitten im Europa des 21. Jahrhunderts zeigt, dass auch westliche Demokratien von äußeren Feinden bedroht sind, nicht nur von inneren.

Bis zu diesem einschneidenden Datum war jedoch das Bewusstsein für die tatsächliche Lage, in der sich Deutschland befindet, in weiten Teilen der Bevölkerung verlorengegangen. Schließlich waren die vergangenen Jahrzehnte geprägt von mangelnder Ernsthaftigkeit beim Umgang mit dem Thema Verteidigung. Konflikte spielten sich weit weg vom Tagesgeschehen ab, etwa am Hindukusch.

Um ihre politischen Positionen entwickeln und in den demokratischen Willensbildungsprozess einbringen zu können, benötigen die Bürger Informationen darüber, wer die eigene Freiheit bedroht, wie es um die eigenen Abwehrkräfte steht und welche sicherheitspolitischen Optionen existieren.

Der GSP mit ihren Diskussionsformaten und Plattformen kommt dabei die wichtige Rolle zu, Fragen von Sicherheitspolitik und Verteidigung zu thematisieren, um damit das notwendige Wissen für das Funktionieren einer wehrhaften Demokratie zu vermitteln. Der Auftrag der GSP ist heute aktueller denn je.

Herzlichen Glückwunsch zum 70jährigen Bestehen!“

Bildquellen:

Titelfoto/©Maximilianeum; Bartels/©GSP; Bas/©Deutscher Bundestag, Tobias Koch; Harbarth/©BVerfG; Lambrecht/©BMVg; Zorn/©Bundeswehr; Söder/©Staatskanzlei; Reiter/©OB Büro; Strack-Zimmermann/©Vg Ausschuss; Lindner/©Thomas Imo; Brose/©BAKS; Heusgen/©MSC; Wüstner/©Bundeswehr Verband; Sensburg/©Mosch; Günther/©DWT; Jacobson/©Clausewitz-Gesellschaft; Krüger/©Gordon Welter; Schmidt/©Deutsche Atlantische Gesellschaft; Tamm/©Mittler Report Verlag

Die Präsidenten der Gesellschaft seit Gründung 1952



05.01.1952 – 22.06.1954

Vollrath von Hellermann,

Generalmajor a.D.

* 18.05.1900 † 25.08.1971

23.06.1954 – 15.06.1963

Hans Georg Reinhardt,

Generalmajor a.D.

* 01.03.1887 † 22.11.1963

16.06.1963 – 01.05.1964

Smilo Frhr. von Lüttwitz,

Generalleutnant a.D.

* 23.12.1895 † 19.05.1975

01.05.1964 – 29.06.1964

Kommissarisch

Vollrath von Hellermann

01.06.1964 – 17. 06.1965

Friedrich Ruge,

Vizeadmiral a.D.,

Inspekteur der Marine 1957-1961

* 24.12.1894 † 03.07.1985

18.06.1965 – 31.12.1971

Hellmuth Reinhardt,

Generalmajor a.D.

* 27.06.1900 † 16.09.1989

01.01.1972 – 31.12.1977

Dr. Joachim Ahrendt,

Vizepräsident a.D.

* 12.03.1906 † 28.07.1987

01.01.1978 – 08.04.1983

Jürgen Bennecke,

General a.D.

* 12.09.1912 † 17.02.2002

08.04.1983 – 23.04.1992

Hans Poepfel,

Generalleutnant a.D.,

Inspekteur des Heeres 1969-1981

* 20.07.1921 † 29.09.2007

23.04.1992 – 09.04.1999

Dr. Klaus-Dieter Uelhoff,

Staatssekretär a.D., Ehrenpräsident

* 09.01.1936

09.04.1999– 30.05.2000

Hartmut Bagger,

General a.D.,

Generalinspekteur der Bundeswehr

* 17.07.1938

30.05.2000 – 13.01.2001

Kommissarisch

Thomas Kossendey,

MdB, Ehrenpräsident

* 04.03.1948

13.01.2001 – 14.04.2010

Claire Marienfeld-Czesla,

Wehrbeauftragte des Deutschen

Bundestages 1995-2000,

Ehrenpräsidentin

* 21.04.1940

14.04.2010 – 15.05.2019

Ulrike Merten,

Vorsitzende des Verteidigungs-
ausschuss des Deutschen Bundes-
tages 2005-2009

* 13.12.1951

15.05.2019 – 16.07.2021

Prof. Dr. Johannes Varwick

* 28.02.1968

19.07.2021 – 06.05.2022

Kommissarisch

GL a.D. Jürgen Höche

* 04.03.1942

06.05.2022

Dr. Hans-Peter Bartels,

Wehrbeauftragter des Deutschen
Bundestages von 2015-2020

* 07.05.1961

Entwicklung der GSP in den letzten 70 Jahren

Peter E. Uhde

Im Jahr 1949 wurde die Bundesrepublik Deutschland gegründet. Seit 1951 gab es Vorbereitungen und Bemühungen zur Etablierung einer „Wehrkunde“ Gesellschaft. Diese wurde dann am 5. Januar 1952 in München mit dem Namen „Gesellschaft für Wehrkunde e.V. (GfW)“ gegründet. Einer der Gründungsmitglieder war Ewald Heinrich von Kleist-Schmenzin, ehemaliger Offizier, Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 und später Gründer der Münchner Wehrkundetagung, der heutigen Münchner Sicherheitskonferenz (MSC). Als letzter aus dem Gründerkreis ist er am 8. März 2013 verstorben. Schon im Februar 1952 erschien die 1. Ausgabe der „Mitteilungen der Gesellschaft für Wehrkunde“. Ab der Nr. 12 erschienen sie als Zeitschrift mit dem Namen „Wehrkunde“.

Um sicherheitspolitische Öffentlichkeitsarbeit zu leisten, schloss die Gesellschaft im Januar 1953 einen Vertrag mit dem Presse- und Informationsamt (BPA) der Bundesregierung. Seitdem ist das BPA Zuwendungsgeber für diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe der sicherheitspolitischen Öffentlichkeitsarbeit. Nach Gründung der Bundeswehr am 12. November 1955 traten zahlreiche Mitglieder der Gesellschaft, Offiziere und Unteroffiziere, in die neuen Streitkräfte ein. Die erste „Unabhängige Hochschulgruppe für Wehrkunde“ etablierte sich 1959 in München. Es folgten weitere, die sich im Juli 1962 in „Wehrpolitische Hochschulgruppen“ umbenannten. Ihre Selbstauflö-

sung erfolgte Ende 1968. Mitte der 60er Jahre zählte die Gesellschaft 170 Sektionen. Diese waren und sind auch heute noch die kleinste selbständige Organisationseinheit und Träger der sicherheitspolitischen Informationsarbeit. 1965 gab sich die Gesellschaft eine neue Satzung, in der die Landesbeauftragten Mitglieder des Vorstandes werden. Die Anerkennung der Gesellschaft als juristische und gemeinnützige Person erfolgt am 18. Juli 1969. Daraus abgeleitet, wird mit einer Reorganisation der Sektionen begonnen. Ab der Juliausgabe 1976 erscheint die „Wehrkunde“ mit dem neuen Titel „Europäische Wehrkunde“. Nach 25 Jahre wird 1977 in einer Festschrift: „Eine kritische Würdigung“, auf das erste Vierteljahrhundert zurückgeblickt. Durch eine Anfang 1982 geschlossene Vereinbarung mit dem Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr, wurde die Zusammenarbeit in der sicherheits- und verteidigungspolitischen Öffentlichkeitsarbeit intensiviert. Im Herbst 1983 wird die Geschäftsstelle von München nach Bonn verlegt.

Nach der Wiedervereinigung Deutschlands im Oktober 1990 beschloss die Bundesversammlung in Koblenz, unter Beibehaltung des Kürzels GfW, die Namensänderung in „Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V.“. Für die Mitgliedergewinnung und Gründung von Sektionen in den fünf neuen Bundesländern wurde ein „Sonderbeauftragter Ost“ eingesetzt. Der Entwicklung des Internets folgend, stellte sich die GfW 1999 erstmalig im Internet dar. Auf der Bundesversammlung im Januar 2001 wählten die Delegierten mit Claire Marienfeld-Czasla erstmals eine Frau als Präsidentin.

Ende 2002 erreichte die Gesellschaft mit fast 7.400 Mitgliedern den höchsten Stand seit ihrem Bestehen. Im Jahr 2006 wurde die internationale sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit der französischen Organisation Civisme Defense Armee Nation (CIDAN) beschlossen. Durch eine Zielvereinbarung mit der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik (DWT) 2008 wurde die Förderung der sicherheitspolitischen Bildung, besonders im Zeichen der Europäisierung und Internationalisierung

intensiviert. Um Mittel und Ressourcen besser einzusetzen, wurde mit dem Deutschen Bundeswehrverband e.V. 2009 eine nachhaltige Zusammenarbeit beschlossen. Das geschah im gleichen Jahr auch mit der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Im März 2010 wählte die Bundesversammlung Ulrike Merten zur Präsidentin. Im Jahr darauf beschloss die Bundesversammlung eine Neufassung der Satzung, die Änderung der Geschäftsordnung und ein neues Corporate Design. Ein Kooperationsabkommen mit den Jugendoffizieren der Bundeswehr brachte Synergieeffekte in der sicherheitspolitischen Information in den Schulen. Das 60jährige Bestehen wurde am 27. März 2012 in den Räumen der Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin gefeiert. Festredner war der Bundesminister der Verteidigung Thomas de Maizière.

Auf der Bundesversammlung im April 2014 in Berlin wurde die Namensänderung in „Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V.“ (GSP) beschlossen. Damit einher ging die Anpassung des Corporate Design an das neue GSP-Logo. Die Akzeptanz als sicherheitspolitische Bildungsinstitution in der politischen Community und der Zivilgesellschaft stieg deutlich. Im Januar 2019 erschien das Buch „Sicherheitspolitik verstehen“ der GSP-Autoren Kersten Lahl und Johannes Varwick. Bei der Bundesvorstandssitzung am 5./6. November 2019 in Berlin wurde eine „Erklärung zum Umgang mit Extremismus“ verabschiedet. Die Bildung einer „Jungen GSP“ (JGSP) und die Einsetzung eines „Beauftragten für die Kooperation mit Schulen“ soll helfen, sicherheitspolitisches Interesse in der jungen Generation zu intensivieren. Die Corona-Pandemie führte zum Rückgang der Präsenzveranstaltungen. Dafür wurde notgedrungen auf hybride oder visuelle Veranstaltungen umgestellt. Seit dem 6. Mai ist Dr. Hans-Peter Bartels, ehemaliger Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages, Präsident der GSP.

Im 70sten Jahr ihres Bestehens ist die GSP eine in der Öffentlichkeit und im parlamentarischen Raum deutlich wahrgenommene zivilgesellschaftliche Vereini-

gung. Ehrenamtlich tätige Bürger aller Altersgruppen engagieren sich in der Gesellschaft. Ihre Idee, durch sicherheitspolitische Informations- und Bildungsarbeit in Deutschland einen Beitrag zur wehrhaften Demokratie zu leisten, für den europäischen Einigungsgedanken und den transatlantischen Dialog einzutreten, hat sich bewährt. Eine attraktive Homepage mit relevanten Informationen, Blogs, Sicherheitsdialoge, Beiträge in Fachpublikation und Sozialen Medien und vor allen Dingen das hervorzuhebende Engagement in den Sektionen sind in ihrer Bündelung Alleinstellungsmerkmal ehrenamtlicher sicherheitspolitischer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit.

- Die Gesellschaft für Sicherheitspolitik macht ehrenamtliche Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Sie leistet damit strategische Kommunikation im Rahmen sicherheitspolitischer Strategieentwicklung.
- Sie plädiert für die allgemeine Verteidigungsbereitschaft unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Streitkräfte und unterstützt die gesamtstaatliche Verantwortung für Resilienz.
- Deutschlands Integration in die Europäische Union, die Vertiefung der transatlantischen Partnerschaft und die Friedensmissionen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie der Vereinten Nationen werden befürwortet.
- Die GSP fördert Verständnis und stärkt damit die Resilienz der Bevölkerung für politische, ökonomische, ökologische und kulturelle Zusammenhänge in Verbindung mit sich daraus ergebenden weltweiten sicherheitspolitischen Aspekten.
- Letztendlich dient das verantwortungsvolle ehrenamtliche Engagement der Mitglieder der GSP seit 1952 dem Frieden in Freiheit aller Bürger der Bundesrepublik Deutschland.

Weitere Fakten über die GSP sind auf der Homepage unter [Geschichte der GSP](#) zu finden.



Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V.

Präsident:

Dr. Hans-Peter Bartels

Geschäftsführer:

Reiner Wehnes

Kontakt:

Geschäftsstelle Bonn:
Wenzelgasse 42, 53111 Bonn
Tel.: +49 (0) 228 - 652556
Fax: +49 (0) 228 - 658093
geschaefsstelle@gsp-sipo.de

Hauptstadtbüro:
Reichstagufer 14, 10117 Berlin
Tel.: +49 (0) 30 - 20648549
praesident@gsp-sipo.de

Registergericht: Amtsgericht Bonn
Registernummer: AMS-5684
Gemeinnützig und spendenfähig
Gemäß Freistellungsbescheid vom 09.04.2020
Finanzamt Bonn-Innenstadt
Steuernummer: 205/5764/0498



www.gsp-sipo.de

Die Gesellschaft im Netz:

Block, Twitter, Instagram und YouTube



Idee und Konzeption: Peter E. Uhde und Reiner Wehnes
Layout: AnKo MedienDesign GmbH, Meckenheim
Druck: DCM Druck Center Meckenheim GmbH,
Werner-von-Siemens-Straße 13, 53340 Meckenheim